

Thüringer Sport sonst auf der Kippe

Dringlichkeitsantrag der LINKEN zur Trainer-Finanzierung brachte die Koalition in Trab

Die LINKE hatte dem Thüringer Landtag einen Dringlichkeitsantrag zur Sicherung der Finanzierung von hauptamtlichen Trainerinnen und Trainern in den Fachverbänden des Landessportbundes und der Spezialsportlehrerinnen und Spezialsportlehrer in den Thüringer Sportgymnasien vorgelegt. Diesen begründete zu Beginn der Landtags-sitzung am 2. Mai der Abgeordnete der Linksfraktion Knut Korschewsky:

„Ich glaube zu Beginn hier sagen zu dürfen, dass ich mich sicherlich unter sehr vielen sportbegeisterten Kolleginnen und Kollegen befinde, die in diesem Thüringer Landtag sind. Nicht zuletzt ist auch die Ministerpräsidentin selber eine sehr sportbegeisterte Frau, die u.a. auch gemeinsam mit mir und weiteren zu den Olympischen Spielen in Vancouver unsere Sportlerinnen und Sportler aus Thüringen angefeuert hat, wie wir das auch zukünftig sicherlich weiter machen wollen, Frau Ministerpräsidentin.

Ich weiß aber, und das ist der Antrag, den wir heute hier stellen, dass dieses möglicherweise sehr auf der Kippe steht. Ich bin da im Einklang mit den Mitgliedern des Hauptausschusses des Landessportbundes, von denen ja auch einige hier im Hause sind, ob nun als Präsidentin eines Fachausschusses oder aber gleichzeitig als Vorsitzende eines Kreissportbundes oder Stadt-sportbundes.

Dieser Hauptausschuss des Landes-sportbundes hat am vergangenen Samstag in sehr eindringlicher Art und Weise deutlich gemacht, dass die Finanzierung des Sports in Thüringen und die Entwicklung des Sports in Thüringen im Moment sehr gefährdet ist. Es wurde deutlich, dass die Verhandlungen, die es gegeben hat zwischen dem Sozialministerium und dem Fi-

nanzministerium zu der Frage der Finanzierung der hauptamtlichen Trainerinnen und Trainer vor allem im Nachwuchs-bereich, aber gleichzeitig auch der Trainer bzw. Spezialsportlehrer in den drei Thüringer Sportgymnasien bisher zu keinem Erfolg geführt haben.

Das führt dazu, dass eine sehr, sehr große Unsicherheit unter den Trainerinnen und Trainern da ist, unter Sportlerinnen und Sportlern da ist, aber auch unter Sportfunktionären. Ich glaube, diese Unsicherheit sollten wir ihnen nehmen und sollten ein deutliches Signal in diesem Plenum setzen,

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

dass wir dieses nicht hinnehmen und dass wir zu unseren Sportlerinnen und Sportlern stehen. Das sind immerhin 370.000 organisierte Sportlerinnen und Sportler in Thüringen, für die auch wir hier Politik machen.

Die Zeit drängt, die Zeit drängt auch deshalb, weil, wenn keine Entscheidungen getroffen werden, noch im Juni Kündigungen ausgesprochen werden müssen gegenüber den Trainerinnen und Trainern, die dort derzeit beschäftigt sind.

Ich weiß, dass diese Unsicherheit bei den Trainern, aber auch bei den Sportlern da ist, dass gerade auch in der Vorbereitung der Olympischen Spiele dort die Leute nicht wissen, ob sie ab 1. Januar 2013 weiter beschäftigt sind und ob dort weiter Sport betrieben werden kann in dieser Qualität, wie es bisher war.

Gleiches trifft auch auf die Sportgymnasien zu. Da spreche ich, glaube ich, auch im Namen vieler Eltern, die ihre Kinder auf die Sportgymnasien schicken wollen. Würden Sie Ihr Kind auf ein Sportgymnasium schicken, wenn Sie nicht wissen, ob ab 2013 noch die entsprechenden Spezial-

sportlehrer für die entsprechenden Sportdisziplinen überhaupt vorhanden sind?

Wir möchten mit diesem Antrag deutlich machen, dass wir die Landesregierung hier auch gemeinsam unterstützen wollen in ihren Bemühungen. Die Dringlichkeit macht sich auch deshalb deutlich, dass es heute auch auf die Tagesordnung gesetzt werden soll dahin gehend, dass wir den Ausschüssen, sowohl dem Sozialausschuss als auch dem Finanzausschuss, die Möglichkeit geben wollen, eindringlich darüber zu beraten, wie wir hier zu einem positiven Entscheid für die Sportlerinnen und Sportler und für die Sportfunktionäre kommen.

In diesem Sinne bitte ich Sie, diesem Antrag heute zuzustimmen und noch in dieser Plenarsitzung spätestens bis Freitagabend zu verhandeln und gemeinsam dieses Signal zu setzen.“

Finanzierung soll bis Anfang Juni geklärt sein

Der Antrag wurde mit Zustimmung bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei der SPD und bei der FDP - Enthaltung bei der CDU - auf die Tagesordnung gesetzt. Schließlich wurde auch noch die Koalition aktiv, die über das Thema hinter den Kulissen in einen heftigen Streit geraten war, und legte einen eigenen Antrag vor.

In der Debatte kündigte Sozialstaatssekretär Hartmut Schubert (SPD) im Landtag an, dass die künftige Finanzierung von Trainerstellen in Thüringen voraussichtlich Anfang Juni geklärt sein soll. Der Antrag der Koalitionsfraktionen war zur weiteren Beratung in den Haushaltsausschuss des Landtags überwiesen worden. Knut Korschewsky hatte in der Plenardebatte gewarnt, dass eine Abwanderung der Trainer riskiert werde. ■

VON A BIS Z:

Hebammenvergütung

Anlässlich des Internationalen Hebammentages am 4. Mai hatte Karola Stange den Stillstand bei den Verhandlungen zwischen Politik, Krankenkassen und Hebammen kritisiert. Nach wie vor müssten Hebammen so hohe Beiträge für die Haftpflichtversicherung zahlen, dass der Berufsstand auf Dauer gefährdet sei. „Damit wird aber auch die Begleitung der Frauen vor und nach der Geburt eines Kindes immer schwieriger.“

Der Deutsche Hebammenverband beklage, dass die Betreuung immer schwerer werde. So existiere auf der einen Seite eine Überversorgung gesunder Schwangerer im medizinisch-technischen Bereich, auf der anderen Seite fehlten aber Hebammen, um dem großen Bedürfnis der Frauen nach Selbstbestimmung gerecht zu werden.

Der Kampf der Hebammen in der Bundesrepublik währt nun schon mehr als zwei Jahre, es wurden Hunderttausende Unterschriften gesammelt, Protestaktionen veranstaltet, Gespräche geführt – geschehen ist bislang nichts.

Die LINKE Abgeordnete forderte die Landesregierung auf, sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, „dass die Hebammenvergütung ins SGB V aufgenommen wird und nicht länger in der völlig antiquierten Reichsversicherungsordnung von 1911 verbleibt“. Es sei „nicht länger hinzunehmen, dass die Versorgung von Frauen auf Regelungen einer längst untergegangenen Gesellschaft basiert“, so die Gleichstellungspolitiklerin. ■

WICHTIGE TERMINE

Landtagssitzungen:

Die nächsten Sitzungen des Landtags finden vom 30. Mai bis 1. Juni statt.

Anhörung:

Zu ihrem Gesetzentwurf zur Abschaffung des Landesamtes für Verfassungsschutz veranstaltet die Linksfraktion eine öffentliche Anhörung am Freitag, den 8. Juni, 10 bis 16 Uhr, im Haus Dacheröden in Erfurt.

Tag der offenen Tür:

Der Thüringer Landtag lädt zu einem Tag der offenen Tür ein: am Samstag, den 9. Juni. Die Linksfraktion ist wieder mit einem vielfältigen Informations- und Gesprächsangebot dabei.

www.die-linke-thl.de

Pflegekräfte

Anlässlich des Tages der Pflege am 12. Mai hatte MdL Jörg Kubitzki die aufopferungsvolle Arbeit der Krankenschwestern und Altenpfleger gewürdigt. „Durch einen akuten Fachkräftemangel arbeiten Pflegekräfte, fast ausschließlich Frauen, oft bis an den Rand ihrer Belastbarkeit. Hinzu kommt, dass die Pflege durch die Kassen nicht leistungsgerecht vergütet wird. Dies trägt zu einer angespannten Pflegesituation maßgeblich bei. Wir brauchen endlich eine Pflegereform, die den Namen verdient und einer Reform gerecht wird.“

Noch immer gebe es keinen aktuellen Pflegebegriff, der auch Demenzerkrankte und Menschen mit psychischen Problemen berücksichtigt. ■

Biosphärenreservat

Angesichts eines drei Hektar großen Kahlschlags in der Kernzone des Biosphärenreservats Rhön erklärte MdL Tilo Kummer: „Niemand kann sagen, wer dafür verantwortlich ist und zu welchem Zweck die Bäume fallen mussten, auch die Landesregierung war offenbar überrascht.“ Als Erklärungen würden angeführt, dass der Einschlag für ein Forschungsprojekt zum Klimawandel oder als Vorsorgemaßnahme gegen Borkenkäferplagen vonstatten ging. „Mit Sicherheit kann ein Kahlschlag mit dem Schutzzweck nach der Biosphärenreservatsverordnung nicht konform gehen.“ Um endlich Klarheit über die Hintergründe des Frevels zu bekommen, fordert er Aufklärung von der Landesregierung. ■

Steuereinnahmen

Zu Berichten über den Verlust von Steuereinnahmen für Erfurt, weil die MDR Werbung GmbH ihre Gewerbesteuer in Leipzig entrichten solle, erklärte MdL André Blechschmidt: „Es liegt an der Landesregierung, diesen aufzuhalten und die Steuereinnahmen in Erfurt zu belassen. Die Länder Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen haben sich im Staatsvertrag auf ein Modell geeinigt, wie Belastungen und Vorzüge der Standortfrage gerecht aufgeteilt werden. Sonst wäre dieses Gefüge aus dem Lot. Daran kann Medienministerin Walsmann kein Interesse haben. Außerdem sollte sie als ehemalige Finanzministerin alle Handlungsmöglichkeiten kennen, die ihr hier zur Verfügung stehen.“ ■